Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 23 (2016)
Heft: 253

Artikel: Steiniger Weg zur Debatte
Autor: Riedener, Corinne
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-884020

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Steiniger Weg zur Debatte

Das Internet würde ermöglichen, was uns real fehlt: die Mitsprache aller. Nur sind Onlinedebatten alles andere als kultiviert, besonders nach Ereignissen wie jüngst den Übergriffen in Köln.

TEXT: CORINNE RIEDENER

Im Netz sind alle gleich – theoretisch. Zwar kann (noch) nicht über konkrete Vorlagen abgestimmt werden, aber gestimmt, gewählt und gevotet wird ununterbrochen. Und: Alle können mitmachen, sofern sie einen Internetanschluss und das passende Gerät haben. Insofern ist es nur logisch, dass Pioniere wie Sascha Lobo das Netz jahrelang als ultra-demokratisches Anarcho-Utopia abgefeiert haben. Mittlerweile wissen wir: Dem ist nicht so. Nicht nur. Das Internet ist auch Experimentierfeld für Geschäftsleute und Überwachungsfans aller Art oder Hort unzähliger Shitstorms und Forentrolle.

Fest steht: Online vergessen so manche ihre guten Manieren, darum gehören Hasskommentare mittlerweile so fest zum Internet wie Altherrenwitze zum Apéro. Das stellt sowohl die Betroffenen als auch die Betreiber von Onlineplattformen vor ungeahnte Herausforderungen – und darüber hinaus auch die Öffentlichkeit. Bereits seit einiger Zeit gibt es zum Beispiel News-Portale, die ihre Kommentarforen wieder geschlossen haben («Süddeutsche») oder nur unter strenger Aufsicht betreiben («Watson», «Zeit Online»).

150 Neue für ein Nazi-freies Netz

Seit letztem Sommer kann man beim Onlineportal von SRF nur noch seine Meinung abgeben, wenn man sich eindeutig identifiziert hat, mit eigenem Nutzerprofil, gültiger Emailadresse und Mobilnummer. «In den letzten Monaten wurden immer wieder Namen von Kommentatoren kopiert, um in ihrem Namen diskreditierende Meinungsäusserungen abzusondern», heisst es in der Begründung. «Dies nehmen wir nicht länger einfach so hin.» Man sei an einer qualifizierten Diskussion interessiert und wünsche sich, dass sich vermehrt auch die «leisen Stimmen» äussern. «Ehrverletzende Beiträge oder solche mit rassistischen, diskriminierenden, sexistischen, pornografischen oder gewaltverherrlichenden Inhalten sind untersagt», steht in der Nettiquette. Missbrauch werde verfolgt.

Trotz dieser scheinbar selbstverständlichen Spielregeln geht es teilweise absurd zu und her in den SRF-Foren. Dasselbe auf tagesanzeiger.ch, «Spiegel» oder «Welt» Online. Und auf Facebook werden zwar die Nippel (weibliche versteht sich) verbannt, aber dafür allerlei fragwürdige Gruppen toleriert. Hetze gegen Fremde, Falschinformationen, Aufrufe zu Gewalt: Alltag in diesem Netzwerk.

Bis jetzt konnte man Hate Speech nur melden, bei Blogs wie perlen-aus-freital.tumblr.de oder bei Facebook selber. Oder anzeigen. Seit Anfang Jahr will der Gigant nun gezielter gegen Hasskommentare im Netz vorgehen und hat zu diesem Zweck die «Initiative für Zivilcourage Online» ins Leben gerufen, auf Druck der Deutschen Regierung hin. 150 neue Mitarbeiter sollen dafür sorgen, dass das Soziale Netzwerk Nazi-frei wird, in Zusammenarbeit mit antirassistischen Organisationen und dem Justizministerium. Ziel sei es, die Gegenrede im Netz zu stärken, sagte Facebook-Cheffin Sheryl Sandberg vor den Medien. Dazu wolle man alle Werkzeuge nutzen, die «den Menschen zeigen, was Toleranz ist».

Gezielt löschen und bestrafen, das mag ein erster Schritt sein. Ohne starke Gegenöffentlichkeit wird der Extremismus aber kaum zu bekämpfen sein. Und seit «Köln» scheint die Luft von Tag zu Tag dicker zu werden. Die Foren und Netzwerke quellen über, es sind Sätze wie Ohrfeigen: «Das Ziel ist klar: Zuerst schleichende Infiltration in unserer Gesellschaft, dann so lange das System stören, für Unruhe sorgen und gleichzeitig immer Nachschub einschleusen, bis der dekadente Westen sturmreif ist, bis er fällt. Das Ziel des Islam ist laut Koran die Weltherrschaft. (...) Quo vadis, Abendland... bald ist tiefste Nacht.» Rodolfo Giavelottino am 12. Januar auf blick.ch. Mehr als 800 Likes hat er für dieses Statement kassiert. Weiter unten fragt Edith Bieri aus Hagenbuchensee: «Müssen wir jetzt mit der Pistole auf die Strasse?» 700 Likes. Und auf die Frage des Tagesanzeigers, ob Bürgerwehren «die richtige Antwort auf die Vorkommnisse von Köln» seien, antworten 3635 Personen – 57,5 Prozent der Befragten – mit «Ja, so fühle ich mich sicherer.» (Stand 19. Januar 2016).

Von bellenden Hunden zur Bürgerwehr

Die Kommentare kommen aus Moosseedorf, Häggenschwil oder Teufen, die Claqueure von überall. So wird Tag um Tag lauter mit dem Morgenstern gerasselt. Und während man sich durch die Kommentarforen quält, brennen in den Nachbarländern Durchgangszentren oder auch mal halbe Stadtteile. Das macht Angst. Man fragt sich, ob sie begründet ist, ob sich die Tonalität nach Ereignissen wie jenen in Köln tatsächlich so schlagartig verschärft oder ob man sich nur im Ekel verrennt. Man fragt sich, ob es in Bern tatsächlich bald eine Bürgerwehr geben soll. Weil eine (mittlerweile wieder gelöschte) Facebook-Gruppe das vermuten lässt, wenn sie schreibt: «Wir möchten der Stadt eine Hilfe sein in dieser schwierigen Zeit und unseren Ordnungshütern helfen, die Stadt gerade zu feierlichen Anlässen etwas sicherer zu gestalten.»

Diese Sorgen sind nicht subjektiv. Laut einer im Dezember 2015 veröffentlichten Studie des Deutschen Digitalverbands Bitkom betrachtet die Mehrheit der Internetnutzer Hasskommentare als ernstes Problem: «79 Prozent fürchten, dass sie ein Nährboden für reale Gewalttaten sein könnten. 72 Prozent sagen, solche Äusserungen tragen zu einer Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas bei.» Davon ist ein Grossteil der Ansicht, dass die Zahl dieser Botschaften «innerhalb der vergangenen zwölf Monate zugenommen hat».

Ähnliches gilt wohl für die Schweiz: «Die Vorkommnisse in Köln lösten sehr viele Kommentare aus», sagt Multimedia-Redaktor und SRF-Community Manager Konrad Weber auf Anfrage. «Wir konnten zum Teil heftigere Debatten als bisher Dagewesenes beobachten.» – «Köln bewegt, die Verunsicherung ist gross. Man spürt auf allen Seiten eine Hilflosigkeit», sagt auch Sarah Gerteis, Online-Chefin beim «St.Galler Tagblatt». «Böser» werde aber nicht kommentiert. «Die Meinungen zum Thema Flüchtlinge sind bei den Kommentierenden aller Lager schon lange gemacht, die Tonalität reicht von gehässig bis gemässigt. Wobei das Gehässige überwiegt, denn Kommentarschreiberinnen und -schreiber sind eher Menschen, die sich über aktuelle Zustände aufregen oder Angst haben, dass alles vor die Hunde geht, was sich dann auch in ihrem Beitrag niederschlägt.»

Wie beim SRF sind es auch in der Ostschweiz die Themen «Migration», «Flüchtlinge», «Islam» und «IS», die am meisten Kom-

mentare provozieren. Allerdings gehen bei Gerteis nur etwa 50 pro Tag ein, das SRF hat um die 1000. In beiden Redaktionen werden die Kommentare einzeln gesichtet und auf die AGB überprüft. «Bei strittigen Fällen diskutieren wir im Team, ob ein Kommentar statthaft ist oder nicht», sagt Gerteis. Das SRF behilft sich zusätzlich mit einem Algorithmus. Etwa 10 bis 20 Prozent der Kommentare könnten nicht freigeschaltet werden, so Weber. Die Grenze sei dort, wo «andere Personen direkt oder andere Personengruppen indirekt angegriffen, verunglimpft oder beleidigt werden». Allerdings sei das ein Graubereich, da sich die User «darauf spezialisiert haben, ihre Worte gekonnt zu verpacken» und so die Nettiquette «auszutricksen».

Ziel: eine gepflegte Streitkultur

Gerteis schätzt, dass beim «Tagblatt» etwa einer von zehn Kommentaren wegen Rassismus, Diskriminierung oder Ehrverletzung gesperrt wird – wegen Worten wie diesen: «Raus mit dem Rattenpack. Die Merkel hat es eingebrockt. Sie soll's auch ausfressen. Die begrapscht sicher keiner. Am besten wären Neuwahlen. Dann wäre die endlich mal weg.» Das SRF versucht solche Entgleisungen zu verhindern, indem es sich selber in die Diskussion einschaltet. «Je früher bzw. schneller wir mitdiskutieren, desto gesitteter geht es in den Kommentarspalten zu und her», sagt Weber und verweist auf seine Kollegen im Newsroom, die sich alle auch als Moderatoren betätigen. «Einfache Freischalter gibt es bei uns keine.»

Mitreden. Scheint, als sei das ein lohnender, wenn auch steiniger Weg in die Debatte. Doch hier es geht um nichts weniger als eine gepflegte Streitkultur. Oder wie Gerteis sagt: «Die Schreiberinnen und Schreiber müssen formulieren dürfen, was sie stört oder ängstigt, solange es sich nicht bloss um plumpe Verallgemeinerungen handelt, die nur zum Ziel haben, jemanden zu diskriminieren.»

Freie Meinungsäusserung. Das ist eines unserer Grundrechte und dafür haben wir einzustehen, was nicht leicht ist in dieser Zeit, wo viele Debatten böse und die Diskurse meta sind. «Köln» darf nicht nur verbrannte Asylzentren und Männer hinterlassen, die sich darüber empören, dass auch noch andere ihre deutschen Frauen in Besitz nehmen wollen. Diese Nacht müsste vielmehr den Beginn eines kollektiven Aufstands markieren, gegen die Lauten, die Schreihälse, die feindlich Gesinnten. Mit einer gemeinsamen Haltung schafft man es vielleicht, die Debatten zu kultivieren. Und irgendwann sowas ähnliches wie Demokratie zu leben – wenigstens im Netz, wo alle mitmachen können. Nicht so wie in der realen Schweiz, wo immer noch 20 Prozent der Bevölkerung alleine Demokratie machen. Das Netz ist in dieser Hinsicht wesentlich zeitgenössischer, fast schon paradiesisch.

«Einmal im Internet, immer im Internet»

Hans-Dieter Zimmermann, Dozent an der FHS St.Gallen, über die Chancen, Grenzen und Gefahren von Sozialen Medien in der Demokratie.

INTERVIEW: CORINNE RIEDENER

Saiten: «Das Internet» ist ein schier endloser Raum. Wo trifft man am ehesten auf Demokratie und Teilhabe am öffentlichen Diskurs?

Hans-Dieter Zimmermann: Sicher in den Sozialen Medien, sprich auf Facebook, Twitter, Instagram oder Slideshare, also an Orten, an denen sich die Leute niederschwellig und einfach austauschen können. Auf diesen Plattformen können alle selber Inhalte veröffentlichen, teilen, liken, kommentieren oder auch einfach passiv nur mitlesen.

Was bedeuten diese Sozialen Netzwerke für die Demokratie?

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass sie der Demokratie sehr förderlich sind, da sie es allen ermöglichen, an der Diskussion und am Wissensaustausch teilzunehmen. Sei es, indem man sich nur informiert, etwa auf der Website einer Gemeinde oder Partei, oder sei es, indem man sich an der Diskussion beteiligt, etwa wenn man Links teilt oder sie kommentiert. Wenn zum Beispiel aus dem Stadtparlament getwittert wird, kann man die Sitzung schweigend mitverfolgen oder direkt darauf reagieren. Das wird durchaus genutzt. Daneben gibt es die konkreten Beteiligungsprozesse, eParticipation genannt, bei denen es darum geht, Bürgerinnen und Bürger einzubinden wie zum Beispiel mit der Umfrage zum Thema Bahnhof Nord (siehe saiten.ch/bahnhof-nord-das-ungute-gefuehl-bleibt/, Anm. d. Red.).

Wo liegen die Schwierigkeiten?

Den Umgang mit den Neuen Medien müssen wir alle noch lernen. Will heissen, verantwortungsvoll mit ihnen umzugehen und sich im Sinne des Gemeinwesens zu informieren, Bedenken oder Zustimmung zu äussern. Viele kennen die digitalen Möglichkeiten noch gar nicht, unter anderem deshalb sind sie in der Gesellschaft noch zu wenig verankert. Auch die Behörden und Politiker tun sich schwer und müssen noch lernen, dass wir heutzutage Medien haben, die eine einfachere, schnellere und niederschwellige Kommunikation und vor allem auch Interaktion erlauben.

Aber nur mit jenen, die Internetzugang haben. Müsste man den nicht allen und flächendeckend ermöglichen, damit die Partizipation im Netz nicht einer Elite vorbehalten bleibt?

In der Schweiz glaube ich nicht, dass es diese Elite gibt. Die Abdeckung liegt bei etwa 98 Prozent. Grundsätzlich ist es aber definitiv so, dass der Zugang zum Internet sichergestellt sein muss, wenn Soziale Medien eine zentrale Rolle im politischen Betrieb spielen. Dazu gehört auch, dass man alle Teile der Bevölkerung anspricht, also auch ältere Menschen, Menschen mit einer Sehbehinderung oder einer anderen Muttersprache.

Die Infrastruktur wäre also da. Wenn es um das Politische geht, hält sich die Beteiligung jedoch ziemlich oft in Grenzen.

Leider. Das liegt unter anderem daran, dass viele – gerade auch junge Menschen – durchaus Hemmungen haben, in den digitalen Medien etwas zu posten oder zu kommentieren. Auch weil das unter Umständen sehr schnell die Runde machen und Leute erreichen kann, die damit gar nichts zu